

Abschied vom »Ausländerproblem«

Von Yaron Matras

Doch nicht der Zusammenhang von Bürgerrechten und Abstammung wird in der Bundesrepublik der Willkür und dem »Mißbrauch« überlassen: strenge Kontrollen sind angesagt, Hetze und Strafe drohen die neuen Kultur- und Rassenschänder. Ein Zeichen dafür, wie schnell das kulturzentralistische Denken dieser Republik allmählich selbst auf das Heilige aller Heiligsten im Bereich der Immigrationspolitik übergreift, nämlich auf den Konsens, der besagt, daß die Bundesrepublik der Staat aller ethnisch-Deutschen sei, daß die Grenzen für alle Deutschstämmigen ohne Einschränkungen offen seien. Die »Zuzugsbegrenzung« wird nicht mehr erst dann eingesetzt, wenn die notorische »Grenze der Belastbarkeit« erreicht wird - schließlich wurden Tausende aufgenommen, untergebracht, an Sonderprogramme, Sonderprojekte und Sprachkurse verwiesen -, sondern ganz klar und deutlich an jeder Stelle, wo der Verdacht auf »Andersartigkeit« entsteht.

»Anderssein« in Deutschland — eine Krankheit

In einer Gesellschaft, in der »deutsch-sein« die Norm ist, stellt natürlich »nicht-deutsch sein« eine Abweichung von der Norm, eine Anormalität dar. Selbst wenn gutwillige Leute die Anwesenheit der »ausländischen Mitbürger« - wie sie uns zu nennen pflegen - als eine »Herausforderung für unsere Gesellschaft preisen, so gehen sie trotzdem von einem Umstand aus, der für sie offensichtlich einen axiomatischen Wert hat: »Anderssein« ist in dieser Gesellschaft ein **Problem**, es braucht Behandlung, Überwindung, Anstrengung. Spätestens mit der Wende und mit den Zimmermann-Papieren war das **Problem** dem meisten in diesem Land schon bewußt: Als Einwanderer begannen, sich zu wehren, und die ersten Zeichen eines öffentlichen Protests auftauchten, kamen den »Anderen« viele zur Hilfe. Sie widmeten sich der »Ausländerproblematik« und engagierten sich in der »Ausländerarbeit« und wurden sehr schnell zu einem Teil vom amtlichen Missionsapparat, der im Prinzip eine ähnliche Logik tropfenweise verinnerlichte, wie sie von den Herrschenden in gewaltigen Propagandawellen verbreitet wurde: hier seien Problemfälle, man habe sie zu beraten, betreuen, beschützen und begleiten... Und um ehrlich zu sein, sind auch einige von uns auf diese Tour hereingefallen. Auch Einwanderer, die sich gegen die ihnen gestellte Wahl -Ausgrenzung oder Assimilation - wehren wollten, suchten bei sich selbst nach dem »Ausländerproblem«. Mit einer Argumentation, die die Mehrheit davon zu überzeugen versucht, sie habe ein Interesse daran, uns »Ausländer« hier zu behalten -schließlich würden wir, wenn man uns das kommunale Wahlrecht zuerkennt, die Grünen oder die SPD wählen, schließlich gibt es bei den Arbeitern unter uns ein revolutionäres Potential, schließlich informieren wir über die »Dritte Welt« und außerdem sind wir zu einem Teil der Landschaft geworden, an den sich die Mehrheit bereits gewöhnt hat... - versuchten wir, unsere Rechte zu erkämpfen. Gleich welche Argumente wir brachten und welcher »Bündnispolitik« wir folgten, wurden wir mehrheitlich zu einem Anhängsel der »kritischen Deutschen«, ob in der Kirche, in

Wer in Sachen Ausländerbekämpfung bis vor einigen Jahren die Speerspitze des etablierten Nationalkonsens in der Bundesrepublik war, der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer, äußerte sich vor einigen Monaten zu der neuen Einwanderungswelle »deutschstämmiger Spätaussiedler« aus Osteuropa. Lummer, von dessen Pressestelle aus Nachrichtenagenturen europaweit über Wochen hinweg mit Ausdrücken wie »Asylantenflut«, »-zustrom« und »-ansturm« gefüttert wurden, meinte nun in Bezug auf die »Deutschstämmigen«, das einzige Deutsche an ihnen sei »ihr deutscher Schäferhund«. Wieder stand Lummer als Pionier der rassistischen Aufhetzung da, und auch diesmal ist er nicht allein: eine Hamburger Zeitung meldete sich zu Wort, daß circa hundert Klagen gegen polnische und sowjetische Juden wegen »Mißbrauchs« des Abstammungsprivilegs bei der Polizei vorlägen. Diese Juden - viele von ihnen wurden deutschsprachig erzogen - schlossen sich anderen Auswanderern an, kamen in die Bundesrepublik im Rahmen der selektiven Ausreisereleichterung in ihren Herkunftsländern und stellten hier einen Antrag auf Bürgerrechte, sprich auf die Anerkennung als »Deutschstämmige«.

der Sozialarbeit oder in der linksalternativen Szene.

Von einem kleineren Spektrum unserer UnterstützerInnen abgesehen, die es mit der Auseinandersetzung mit dem Rassismus - nicht nur gegen Einwanderer und andere Nicht-Deutsche, sondern auch gegen Deutsche, die eine andere Hautfarbe haben - ernst meinen, ist diese »kritische Öffentlichkeit« in ihrem konkreten Ausdruck bei politischen Konflikten zu einer Art »Kulturpolizei« geworden. Diese interveniert dann, wenn es zwischen »ihrem Ausländer« -nach dem traditionellen Bild des hilflosen »kleinen Negerleins« -und Vater Staat »Mißverständnisse« gibt. Die Beispiele sind zahlreich: Als Stadträte in der Provinz, die zwischen protestierenden Flüchtlingen und der Behörde als Vermittler auftreten, um die Ordnung wieder herzustellen, als Pfarrer in der Hansestadt, die den Roma eine Partnerschaft anbieten, wenn diese die festgelegten Kriterien innerhalb einer »Probezeit« erfüllen, als Sozialbetreuer in der deutsch-ausländischen Begegnungsstätte, die den Einwanderern zur »Integration« verhelfen wollen - überall sind sie die Helfer, die den Patienten von seinem Problem heilen möchten.

Doch bei all dem wird in der Regel der Interessenkonflikt geleugnet; tatsächlich begreift sich vor allem die alternative Öffentlichkeit in der Bundesrepublik nicht als Teil der herrschenden Nation, sondern selbst als eine unterdrückte und verfolgte Minderheit. Sie ist in ihren eigenen Augen nicht die »Kulturpolizei« der Mehrheit, sondern selbst eine »Subkultur« in der Minderheit. Fragt man in den alternativen Kreisen nach der kulturellen Identität, so bekommt man zu hören: »ich bin Frau, ich bin Marxist, ich bin erwerbslos, ich bin Internationalist« - es gibt eine ganze Fülle von Identitätsbezeichnungen, die sich das Spektrum aneignen. Zweifellos sind diese ein ehrlicher Ausdruck der Interessenlage gegenüber dem Staat, den Eltern, dem Arbeitsplatz, kurz - gegenüber all dem, was unter dem Stichwort System subsumiert wird. Doch im Bewußtsein ist keine Spur von der Zugehörigkeit zur dominanten ethnischen Mehrheit zu finden. Ganz im Gegenteil: gerade das »andere Deutschland«, das nicht den primitiven Nationalismus vertritt, hat ein gestörtes Verhältnis zur kulturellen Identität, die in diesen Kreisen als bereits »überwunden« gilt. Der prinzipielle Widerspruch zwischen den ethnisch-kulturellen und schwarzen Minderheiten und der weißen deutschen Gesellschaft wird also auch im Rahmen der »Ausländerarbeit« von der

»Subkultur« nicht wahrgenommen. Wollen wir gerade diesen Konflikt thematisieren, den Rassismus der Mehrheit anprangern und unsere Rechte fordern, so ist es Zeit, von der »Ausländerarbeit« Abschied zu nehmen.

Doch die Selbstorganisation der Minderheiten wird von den »Helfern« als provozierend empfunden. Erklärt man als Nicht-Deutscher »ich bin Jude, ich bin Türke«, dann hören die deutschen Freunde in einem Spiegel-Diskurs die Aussage »du bist Deutscher«. Und diese Aussage klingt für sie wie eine Anklage, verstehen sich doch viele selbst als verfolgte Oppositionelle, die mit der Mehrheit der Bevölkerung, mit dem herrschenden Nationalkonsens absolut nichts Gemeinsames haben. Desweiteren wird man des Nationalismus bezichtigt, wenn man bei der Selbstorganisation als Minderheit nicht von politischen Bekenntnissen ausgeht, die der weißen deutschen »Subkultur« vertraut sind - wie die Inhalte der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung -, sondern sich ideologien- und schichtenübergreifend mit Angehörigen der eigenen ethischen oder kulturellen Gruppe zusammenschließt.

Daß es uns nicht nur um die Erlangung gleicher politischer Rechte in diesem Land geht, sondern viel weiter, um unsere langfristigen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, zeigen nicht nur Erfahrungen schwarzer Minderheiten in England oder Frankreich, die trotz der formalen Gleichstellung großer Teile ihrer Menschen noch ständigen rassistischen Überfällen, Diskriminierungen und staatlichen Repressalien ausgesetzt sind. Ein weiterer Indikator stellen Positionen innerhalb der »kritischen Öffentlichkeit« in der Bundesrepublik dar. In einer Diskussion mit GEW-Mitgliedern, die ich vor einigen Monaten in Hamburg über das Thema »Rassismus und Minderheiten« führte, war die Forderung nach voller politischer Gleichstellung Konsens. Trotzdem sahen es einige der anwesenden Lehrer und Lehrerinnen als ihre Aufgabe an, türkische Kinder in der Klasse nach deutschen Normen zu »integrieren« und ihre Eltern »aufzuklären«. Die institutionelle Dominanz deutscher Lehrer über nicht-deutsche Schüler kombiniert sich mit der kulturellen Überheblichkeit auf individueller Ebene.

»Freiräume« schaffen ohne Dominanz der Mehrheit

Es gehört zu den Aufgaben einer autonomen Bewegung der Minderheiten, »Freiräume« für die einzelnen Gruppen zu